

LINKE fordert mehr Geld für Musikschulen

Musiklehrer laufen der Kreismusikschule in Strausberg sowie der Musikschule „Hugo Distler“ e. V. in Eggersdorf davon. Dabei sind beide Einrichtungen anerkannte Spitzeneinrichtungen in Märkisch-Oderland und Brandenburg. Doch die zum größten Teil auf Honorarbasis arbeitenden Pädagogen verdienen an allgemeinbildenden Schulen mehr. Darüber, wie ohne Gebührenerhöhungen hier geholfen werden kann, berieten im Dezember Mitglieder der Linksfraktion des Kreistages in Altlandsberg mit den beiden Schulleitern, Dr. Alexander Saier und Alexander Braun.

Die Fraktion der LINKEN beschloss, in der anstehenden Haushaltsberatung des Kreistages 2020 für die Musikschule Hugo

Distler einen Zuschuss von 50000 Euro zu beantragen. Zudem sollen 10000 Euro mehr für Veranstaltungen der beiden Musikschulen in den Haushalt 2020 eingestellt werden.

Es gehe nicht an, auf so einem wichtigen Gebiet der Bildung und der Gemeinnützigkeit zu sparen, erklärte Fraktionsvorsitzender Uwe Salzwedel. „Wir streiten in den Haushaltsdebatten immer wieder intensiv über verhältnismäßig geringe Aufwendungen für Kinder und Jugendliche – dazu gehören beispielsweise auch die Sozialarbeit und der Breitensport – während andererseits Millionenbeträge

des Kreises u. a. für Bauinvestitionen in den Haushaltsdebatten oft nicht einmal thematisiert, sondern einfach durchgewunken werden“, unterstrich er.

Die sehr engagierten Schulleiter der beiden Musikschulen schätzten ein, dass die Löhne überall angeglichen werden müssten. Eine Lösung wäre, ein gemeinsamer „Pool“ von Honorarmusiklehrern. Sie hätten bereits einen Austausch von Pädagogen

organisiert, um dem Lehrermangel zu begegnen. Es fehle zudem an notwendigem, gut ausgebildetem Nachwuchs. Hilfreich wären auch öffentlich geförderte Spezialausbildungen für Musiklehrer. Und nicht ohne Stolz berichteten sie, dass ihre Mu-



Mitglieder der Linksfraktion im Kreistag

sikschulen die einzigen seien, die bereits erfolgreich gemeinsam mit den Berliner Philharmonikern und dem Brandenburgischen Staatsorchester Frankfurt auftraten. Ihre Konzerte zu den traditionellen Märkischen Musiktagen und zu weiteren Hunderten Events erfreuen alljährlich Tausende Musikliebhaber. Sie gehörten zu den kulturellen Höhepunkten in der Region und spornten zugleich die rund 4000 jungen Musiker an.

r. a.



v. l. Dr. Alexander Saier, Alexander Braun, Uwe Salzwedel

Polizeigewalt im Sozialamt hat Nachspiel

Ein Asylbewerber aus Kamerun wird von Polizisten im November in der Ausländerbehörde in Diedersdorf geschlagen. Das zufällige Video, das den Übergriff festhält, erregt großes öffentliches Aufsehen.

Mit Entsetzen habe sie die Bilder gesehen. So beginnt Gabriele Gottschling, Mitglied der Linksfraktion im Kreistag Märkisch-Oderland, ihre Anfrage an den Landrat zu Hintergründen und zur Aufarbeitung der Situation.

Ausgangspunkt der Eskalation ist die Praxis des Landkreises, das monatliche Geld für Asylbewerber in MOL nicht wie in anderen Kreisen zu überweisen. Stattdessen müssen diese an einem festgelegten Tag in Diedersdorf zur Abholung persönlich

erscheinen. Verpassen sie unentschuldig einen Termin, bekommen sie nicht die volle Summe, sondern müssen für den Rest später noch einmal kommen. Bei den schlechten Busverbindungen auf dem Lande ist das beschwerlich. Zudem gibt es Verständigungsschwierigkeiten wie im Fall des Kameruners, der nicht verstand, warum er nicht das dringend benötigte Geld erhalten sollte und vor dem Auszahlungsschalter fassungslos verharrte.

In der Antwort der Kreisverwaltung vom Dezember heißt es „Es ist schwierig, solche Situationen künftig auszuschließen, denn oftmals handelt es sich um Reaktionen der Leistungsempfänger, die sich spontan und unvorhersehbar ergeben. Auslöser sind ... Gründe die auf Vor-Ort-

Entscheidungen beruhen, die schlecht beeinflussbar sind.“

Schlecht beeinflussbar? Warum werden nicht einfach die Beträge überwiesen? Warum gibt es zudem in Märkisch-Oderland als einzigem Landkreis in Brandenburg nicht unkompliziert eine elektronische Gesundheitskarte für Flüchtlinge, die hier frühestens 15 Monaten nach deren Ankunft ausgegeben wird?

Mit diesen Fragen wird sich im Februar auch der Gesundheitsausschuss des Kreistages auf Antrag der LINKEN befassen. Rückenwind für die weitere notwendige Debatte haben die Abgeordneten von Demonstrationen vor der Ausländerbehörde in Diedersdorf und vor der Kreistagssitzung Ende des Jahres sowie mit Protestschreiben von Asylbewerbern und Willkommensinitiativen erhalten.



Wir, unsere Partei, Mitglieder, Dank, Respekt, Vertrauen, zusammen, sozial, gerecht, Frieden, gegen Nazis, Klimagerechtigkeit, Kommunen, Gebrauchswert, Mietendeckel – das waren die Wörter, die sich Diana Golze auf dem Landesparteitag der LINKEN Mitte Dezember in Potsdam am häufigsten während der lebhaften Debatte notiert hat. In ihrem Schlusswort rief sie den Delegierten unter Beifall ermutigt zu: „Die Linkspartei wird gebraucht. Wir müssen den Menschen aufmerksamer zuhören“.

Co-Vorsitzende Anja Mayer hatte zu Beginn der Aussprache nach den desaströsen Wahlergebnissen 2019 für die Partei eine existenzielle Krise beschrieben, aus der es zu lernen gelte. DIE LINKE müsse sich die Fra-

ge stellen, ob die Regierungsbeteiligung der Weisheit letzter Schluss gewesen sei. Man habe Kompromisse gemacht, sei oft zu angepasst gewesen. Das habe Vertrauen gekostet. Es gelte, klar die Systemfrage zu stellen, hin zu einem demokratischen Sozialismus, forderte sie. Der Kapitalismus dürfe nicht das letzte Wort in der Geschichte sein. Dafür werde die LINKE benötigt. „Wir sind die einzigen, die die vier großen Bedrohungen: soziale Spaltung, Klimakatastrophe, Faschismus und Krieg gleichzeitig beantworten“, betonte sie.

Auch in der Diskussion forderten zahlreiche Redner einen schärferen Linkskurs. So der 17-jährige Marek Lipp: „Wir dür-

fen uns nicht damit abfinden, dass dieser Kapitalismus Menschen und Natur ausraubt und kaputt macht“.

Brandenburg brauche eine starke linke Opposition hob der Fraktionsvorsitzende im Potsdamer Landtag, Sebastian Walter, hervor. Niemand solle mehr Angst davor haben, lebensnotwendige Rechnungen nicht begleichen zu können. Niemand dürfe bedroht und geschlagen werden, weil er anders aussieht oder anders lebt. Den erforderlichen ökologischen Umbau der Gesellschaft müsse sich jeder leisten können. Die ökologische müsse mit der sozialen Frage verbunden werden.

Für eine längst notwendige strategische Debatte der Linkspartei machte sich Dagmar Enkelmann stark, die bis 2005 die Landtagsfraktion geführt hatte. DIE LINKE müsse die Partei der Klimagerechtigkeit sein. Das sei eine soziale und globale Aufgabe. Die Partei sei nicht genügend authentisch erkennbar und habe so einstigen Zuspruch verspielt. Dabei erinnerte Enkelmann an Stichworte wie Altanschießer, Nachtflugverbot, Braunkohleausstieg und Kreisgebietsreform.

Ob die bisherige Parteispitze mit Golze und Mayer nach den Wahlniederlagen bleiben wird, entscheidet sich auf dem vorgezogenen Parteitag im Februar in Templin. Einzelne Kreisverbände hatten sich für einen neuen Vorsitz starkgemacht. Dagegen sprach sich u. a. Landtagsabgeordnete Andrea Johlige aus. Unter starkem Beifall setzte sie sich dafür ein, in der Partei zusammenzustehen und angesichts des gesellschaftlichen Rechtsruckes nicht nur Einzelne für Wahlniederlagen verantwortlich zu machen.

Renate Adolph

Wieder Pressefest der Roten Reporter in Bernau

In vielen Landkreisen berichten ehrenamtliche „Journalisten“ in Kleinen Zeitungen über Angebote, Aktionen, Akteure und Ausblicke der LINKEN. 54 „Rote Reporter“, wie sie sich nennen, haben sich im Land Brandenburg zu einer Arbeitsgemeinschaft (LAG) zusammengeschlossen, um sich regelmäßig auszutauschen und sich für eine attraktive Berichterstattung über die Linkspartei in ihren Regionen auszustatten. Zum Abschluss des Jahres verständigten sich Mitglieder der LAG in der Potsdamer Landesgeschäftsstelle der LINKEN darüber, wie sie ihre Zusammenarbeit in 2020 gestalten.

So wollen sie bei ihrem traditionellen Pressefest im Sommer in Bernau ihre Zeitungen einem noch breiteren Publikum vorstellen. Das jährliche bunte

politisch-kulturelle Programm mit Unterhaltung und Information für Jung und Alt werden wieder in bewährter Weise vor allem Bernauer GenossInnen gestalten: mit Polit-Talk, Musik, zahlreichen Info-Ständen u. a. von Rosa-Luxemburg-Stiftung, Cuba si und „neues deutschland“



sowie mit einem Spendenlauf und journalistisch-methodischen Übungen für die Roten Reporter. Die Reporter haben sich vorgenommen, in ihren Zeitungen noch breiter für dieses Fest zu werben, um über die zahlreichen Bernauer Besucher hinaus, noch einen größeren Zulauf zu erhalten. Die Mitglieder der LAG wollen sich zudem weiterhin jährlich zu einem Klausurwochenende mit thematischer Schulung treffen.

Auf der Beratung wählten die Teilnehmer die vier neuen, zum Teil bisherigen, Mitglieder des SprecherInnenrates der LAG, Berit Christoffers, Anja Kreisel, Heinz Schneider und Bernd Wolter.

Zudem bestimmten die Mitglieder ihre zwei Delegierten für den Landesparteitag der LINKEN 2020, Anja Kreisel und Bernd Wolter, um auch hier auf die Bedeutung der Kleinen Zeitungen für die politische Arbeit aufmerksam zu machen. *r. a.*

Gedenken zum 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

„Ihr werdet die Deutschen immer wieder daran erkennen können, ob sie den 8. Mai als Tag der Niederlage oder der Befreiung bezeichnen“ schrieb Heinrich Böll in einem fiktiven Brief „an meine Söhne“ bereits 1984. „Es könnte die Zeit kommen, in der es als politisch nicht mehr opportun gilt, den Verbrechen der Vergangenheit jene Namen zu geben, die ihnen gebühren, erst dann werden wir beweisen können, wie viel uns die Freiheit wert ist.“ Im Mai 2020 jährt sich zum 75. Mal der Tag der Befreiung vom Faschismus. Wir sollten uns alle daran erinnern und Position beziehen. Es scheint, als ob in der gegenwärtigen deutschen Politik der sogenannten Mitte allerdings der Begriff „Befreiung vom Faschismus“ mit aller Macht vermieden werden soll. Das ist nicht neu. Er passt nicht in das Profil der Herrschenden in dem Land, von dem aus das menschenverachtende Naziregime einen beispiellosen Vernichtungsfeldzug in Europa durchführte. Allein weit mehr als 20 Millionen Sowjetbürger und insgesamt

über 50 Millionen Menschen wurden Opfer der faschistischen Kriegspolitik. Die Blockade von Leningrad hatte eine halbe Million Menschenopfer. Unsägliches Leid und beispiellose Zerstörungen brachte der Krieg. In Belorussland machten Nazis 628 Dörfer dem Erdboden gleich. Bei ihrem Rückzug unter dem Motto der verbrannten Erde wurden unzählige Kinder, Frauen und Alte regelrecht abgeschlachtet.

Keine Geschichtsklitterung und -verwässerung zulassen

Erinnerung darf nicht politisch verwässert oder durch alte Feindbilder überlagert werden. Aber genau das geschieht gegenwärtig gegen den Willen von 80 Prozent der Deutschen, die sich für die Bezeichnung „Befreiung“ aussprechen. Neun Prozent sind dagegen.

Es gibt wieder eine „Kultur“ der Gewalt, die sich u. a. in Rüstungswahn und militärischer Einflussnahme in anderen Ländern widerspiegelt. Deutschland in-

vestiert in Kriegszukunft, entsprechend einer militaristischen Kriegspolitik. Was wir aber brauchen, ist eine Kultur des Friedens. Sie beginnt mit der humanistischen Erziehung in der Familie, mit einer qualifizierten Bildung in Kindergarten und Schule, mit dem konsequenten Verbot von Gewaltverherrlichung und faschistischer Ideologie bis hin zur kritischen und korrekten Aufarbeitung der Geschichte, besonders der eigenen deutschen.

„Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“, sagte Bertolt Brecht. Der Schoß scheint noch fruchtbarer geworden zu sein, denn fast ohnmächtig sehen wir der zunehmenden Verbreitung und Akzeptierung neofaschistischen Gedankengutes zu. Und immer noch gibt es konservative Politiker und Ideologen, die die Gleichstellung von Rechts- und Linksextremismus propagieren, weil das unverfänglicher erscheint. Genau das ist das Klima, in dem Nazis gedeihen können. Eine Reihe schwerer Mord- und anderer Straftaten sprechen für sich. Legale Begleiterin der Straftaten ist die Geschichtsrevision. Zu wenige Historiker und Politiker stellen sich massiv einer Umdeutung der Geschichte entgegen.

*Dieter Schäfer
Strausberg*



US-Truppentransporte über Deutschland

Auf die Anfrage von Alexander Neu, Bundestagsabgeordneter der LINKEN, welche Verlegungen von NATO-Streitkräften nach Kenntnis der Bundesregierung im Rahmen der Vorbereitung des NATO-Manövers „Defender 2020“ durch bzw. aus Deutschland geplant seien und wie die Bundeswehr in die Logistik dieser Verlegung eingebunden sei, antwortete das Verteidigungsministerium im Dezember wie folgt:

Die USA planen die Verlegung einer Division aus den USA in Übungsräume mit Schwerpunkten in Polen und dem Baltikum von Februar bis Mai 2020. Für die Verlegung per Luft seien die Flughäfen Berlin, ggf. Bremen, Hamburg, Frankfurt a. M., München, Nürnberg, und Ramstein vorgesehen. Neben der US-Nutzung von Seehäfen in den Niederlanden, Belgien und Frankreich erfolge die Verbringung von Material über den Seehafen Bremerhaven sowie die Binnenhäfen Bremen, Duisburg und Krefeld.

Straßentransporte seien auf west-östlicher

Achse über Düsseldorf – Hannover – Magdeburg – Frankfurt (Oder) im Norden sowie über Düsseldorf – Mannheim – Nürnberg – Dresden – Görlitz im Süden vorgesehen. Resträume für die Transporte sind in militärischen Liegenschaften in Rheindahlen, Augustdorf, Burg, Lehnin, Oberlausitz, Garlstedt, Stadtlendorf und Falkenberg (Sachsen) sowie weiteren US-Liegenschaften in Deutschland geplant. Die Bundeswehr leiste innerhalb Deutschlands Unterstützung im Rahmen Horst Nation Support auf Grundlage der US-amerikanischen Anforderungen. Nach derzeitiger Planung würden Unterstützungsleistungen an 13 Standorten erbracht.

Wahres über Russland aus erster Hand

Wenn die Moskauer Büroleiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Kerstin Kaiser, beim Verein „alternativen denken“ in Strausberg zu Gast ist, bleiben andere Gäste nicht aus. So auch im Dezember, als zur Veranstaltung „Abendteuer – Prosa aus Moskau“ eingeladen wurde und fast 40 Interessierte kamen.

Sie wollten mehr über Russland wissen, als das, was in den Medien zu erfahren ist. Kerstin Kaiser ließ die Besucher teilhaben an den Eindrücken aus ihrem Aufenthalt im riesigen russländischen Reich und erzählte unterhaltsam von ihrer Arbeit, die sie und die Mitarbeiter ihres Büros leisten. Detailliert schilderte sie innenpolitische Ereignisse der jüngsten Vergangenheit und bewertete diese aus ihrem Blickwinkel, ei-

ner links denkenden und lebenden Deutschen und profunden Kennerin der Verhältnisse in der Sowjetunion und des neuen Russlands. Ungeschminkt zeigte sie auf, wohin die Entwicklung der letzten 30 Jahre das Land brachte. Einiges habe sich zum Besseren gewendet. Aber die radikale Hinwendung zur kapitalistischen Gesellschaft habe den Menschen vieles abverlangt und sie verändert. Ihre Analyse des Spektrums linker Kräfte und deren Eintreten für demokratischere Verhältnisse in Russland zeugten von ihrem tiefen Verständnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge, die sich uns normalen Konsumenten von öffentlich zugänglichen Informationen allein niemals erschließen würden. Sie nannte Ereignisse, die in den deutschen Medien sen-



sationell aufgemacht wurden, die aber auf den rationalen Kern gebracht im Maßstab dieses riesigen Landes kaum Bedeutung hätten. Sicher wird uns das Jahr 2020, das im Zeichen des 75. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus stehen wird, weitere interessante Veranstaltungen mit Kerstin Kaiser bringen.

*Wolfram Wetzig
Strausberg*

Bürgerbüros**Thomas Nord (MdB)****Bürgerbüro Seelow**

Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon: (0 33 46) 85 21 45
thomas.nord@bundestag.de
www.thomas-nord.de

Bettina Fortunato (MdL)**Bürgerbüro Seelow**

Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon: (0 33 46) 85 21 45
Telefax: (0 33 46) 85 21 47
E-Mail: buero-fortunato@t-online.de
www.bettina-fortunato.de

Geschäftsstellen

www.dielinke-mol.de
E-Mail: info@dielinke-mol.de

Bad Freienwalde

Grünstraße 8
16259 Bad Freienwalde
Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41

Öffnungszeiten:

Die. 9.30 - 11.30 Uhr
Do. 16.00 - 18.00 Uhr

E-Mail: frw@dielinke-mol.de
www.dielinke-frw.de

Strausberg

Große Straße 45
15344 Strausberg
Telefon: (0 33 41) 31 17 96
Telefax: (0 33 41) 31 47 75

Öffnungszeiten:

Mo. - Do. 9.00 - 12.00 Uhr

E-Mail: strausberg@dielinke-mol.de
www.dielinke-strausberg.de

LinksTreff**LinksTreff Seelow**

Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47
E-Mail: seelow@dielinke-mol.de
www.dielinke-seelow.de

Öffnungszeiten:

Mo. - Do. 9-12 Uhr

Redaktionsschluss

der nächsten Impulse:
1. Februar 2020

Erscheinen

der nächsten Impulse:
15. Februar 2020

Große Anerkennung für Bürgermeister Karsten Knobbe

Der Gemeindesaal von Hoppegarten schien Mitte Dezember aus allen Nähten zu platzen. Mehr als 200 Gäste waren auf Einladung der Gemeindevertretung gekommen, um sich herzlich von Karsten Knobbe zu verabschieden. Vertreter aus



der Gemeinde, dem Kreis, aus benachbarten Kommunen, Partnergemeinden, aus Vereinen, Verbänden, der Verwaltung standen dicht ge-

drängt Schlange, um ihm mit herzlichen Händedrücken, persönlichen Worten, mit Blumen und oft originellen Geschenken für seine erfolgreiche Arbeit als Bürgermeister zu danken.

Sie würdigten anerkennend seine eloquente Meisterschaft von Mühen der Ebene und von Leuchttürmen wie die Lösung des Kitaproblems und den Schulneubau in der boomenden, gut aufgestellten Gemeinde, die Ansiedlung von Gewerbe wie Clinton, die Einbindung als Mittelzentrum mit Neuenhagen, die Förderung von Kunst und Kultur, die erfolgreiche Bewerbung für den Brandenburg-Tag 2016 ... Viele weitere Projekte seien angeschoben wie Schwimmhalle, Oberschule, Gymnasium, Feuerwehr ... Sie hoben seinen Sachverstand und die gute Zusammenarbeit mit den verschiedensten Gremien bis zur Landesebene hervor. Am 31. Dezember endete seine achtjährige Amtszeit.

Karsten Knobbe dankte allen, die hinter ihm gestanden haben: u. a. Ehrenamtler, Gemeindevertreter, Mitarbeiter der Verwaltung, Amtskollegen, Unternehmer, die Mitglieder seines Ortsverbandes der LINKEN und natürlich seine Familie.

Lieber Karsten, wir danken Dir!

*Renate Adolph
Hoppegarten*

Volksinitiative nimmt Fahrt auf

Kurz vor Weihnachten hat die Volksinitiative „Keine Geschenke den Hohenzollern“ ein weiteres Mal Fahrt aufgenommen. Inzwischen liegen über 14.000 Unterschriften vor. Dazu erklärt die Landesvorsitzende der LINKEN, Brandenburg, Anja Mayer:

„Offenbar haben die vielfältigen aktuellen Berichte über die maßlosen Forderungen der Hohenzollern-Erben unserer Volksinitiative nochmals Wind unter die Segel gebracht. Darüber freue ich mich sehr, denn nach dem Ende des Wahlkampfes gab es mehr als einen Unkenruf, dass damit auch die Volksinitiative beendet sei. Dem ist nicht so und

nun bin ich erst recht zuversichtlich, dass in den verbleibenden acht Monaten die noch fehlenden Unterschriften locker zustande kommen werden.“

Nachdem Jan Böhmermann in seiner Sendung „Neo Magazin Royale“ die bislang geheim gehaltenen Gutachten zur Verstrickung der Hohenzollern in das NS-Regime öffentlich gemacht hatte, gab es eine deutlich spürbare Nachfrage nach Unterschriftenlisten und einen zunehmenden Eingang von Unterschriften in der Landesgeschäftsstelle der LINKEN, Brandenburg. Unterschriftenlisten stehen hier zum Download bereit: www.keine-hohenzollern-geschenke.de

Eindrücke und Erfahrungen – ein Erlebnisbericht aus dem aktuellen Nordkorea

Bodo Quart (Berlin) war zum 6. Mal im September 2019 mit einer Reisegruppe in Nordkorea und zeichnet ein reales Bild zur aktuellen Lage in Nordkorea.



**22. Januar 2020, 18 Uhr,
Große Straße 45,
15344 Strausberg.**

Fragen an Bodo Quart können auch im Vorfeld der Veranstaltung gestellt werden (d.schaefer1209@web.de)

Verein „alternativen denken“ Strausberg e.V.

Gesamtmitgliederversammlung am 18. Januar

DIE LINKE, Märkisch-Oderland lädt zur Gesamtmitgliederversammlung ein:

**18. Januar 2020, 10 bis ca. 16 Uhr,
Gaststätte „Zur alten Linde“,
Bahnhofstraße 23, 15345 Rehfelde.**

Auf der Tagesordnung stehen die Wahlen eines neuen Kreisvorstandes, einer neuen Finanzrevisionskommission sowie der Delegierten für den 7. Bundestag und den 7. Landestag. Zudem wird die weitere Arbeit des Kreisvorstandes diskutiert.

IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Der Druck der Zeitung „Impulse“ wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P.: Bettina Fortunato, Tel. 03341-311796, **Redaktion:** Renate Adolph, renate@adolph.de,

Layout u. Satz: Fortunato Werbung, - www.fortunato-werbung.de, **Fotos/Grafiken:** DIE LINKE. MOL, privat